

AL' Info¹ / 26

3 Lian Stähelin wollte Astronautin werden. Jetzt ist sie Architektin und trotz Vorbehalten politisch aktiv geworden. Mehr dazu im Interview.

4/5 Unsere Kandidierenden für die Gemeinderatswahlen 2026!

6 Für eine Stadt, die wir uns leisten können – AL-Stadtratskandidatin Tanja Maag umreisst ihr politisches Programm.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Mehr AL für unsere Stadt

Am 8. März wird in der Stadt Zürich gewählt. Die AL hat drei klare Wahlziele: Verteidigung der linksgrünen Mehrheit im Gemeinderat, Verstärkung der AL-Gemeinderatsfraktion und Wiedereinzug der AL in den Stadtrat mit Tanja Maag.

Linksgrüne Parlamentsmehrheit verteidigen!

Für die Verwirklichung unserer politischen Ziele ist eine parlamentarische Mehrheit von SP, Grünen und AL zentral, vor allem bei Budget- und Finanzfragen, wo hohe Abstimmungsquoten gelten. Eine solche Mehrheit sollte allerdings nicht als bequemer Freipass und Instrument purer Machtpolitik genutzt werden, um beliebige Anliegen durchzudrücken. Bei wichtigen Entscheiden, die langfristig tragen sollen, müssen die linksgrünen Parteien immer auch nach breiten Mehrheiten unter Einbezug der Mitte-Parteien (EVP, Mitte, GLP) suchen.

AL als Taktgeberin

Eine starke Präsenz unserer Partei im Gemeinderat ist unerlässlich. Als regierende Mehrheitspartei ist die SP ganz auf Machterhalt getrimmt: Ein Dampfer, der nach festem Fahrplan auf festen Routen fährt. Im Vergleich dazu ist die AL als wendiges Schnellboot unterwegs. Bei zentralen politischen Themen ist unsere Partei immer wieder Taktgeberin und Innovationsmotor. Und als Tabubrecherin auch bereit, Häme hinzunehmen. In der Wohnpolitik haben wir als Erste früh schon die Debatte um Mindestanteile preisgünstiger Wohnungen bei Aufzonen lanciert und – auch gegen den Widerstand von SP-Exekutivmitglie-

dern – beharrlich ein Verbot von Airbnb- und Business Apartments in Wohngebieten gefordert. Es ist zuvorderst die AL, die das Ersatzneubau- und Tabula-Rasa-Dogma aus ökologischer und sozialer Sicht in Frage stellt, zuletzt etwa bei den Seebahnhöfen und aktuell beim Kispil-Areal. Im Januar 2026 hat der Gemeinderat definitiv ein medizinisches Versorgungsangebot für Menschen ohne Krankenversicherung – vor allem für die rund 10'000 Sans-Papiers – beschlossen. Damit haben wir unseren 8-jährigen Kampf für eine Gesundheitsversorgung, die alle einschliesst, mit Erfolg gekrönt. Ihren Tabubruch und die Forderung, die kommerzielle Werbeflut im öffentlichen Raum einzudämmen, musste die AL mit einem Plakataushangverbot bezahlen.

Gegen Gentrifizierung

Bei den Langzeitregierenden von SP und Grünen steht die stetig vorangetriebene Optimierung der Stadt als Leuchtturm-Projekt und ökologische Vorzeige-Metropole im Zentrum. Ob Verkehrsberuhigung, Quartieraufwertung oder Dekarbonisierung des Gebäudeparks: In einer kapitalistischen Ökonomie schlagen sich alle Verbesserungsmassnahmen in Wertsteigerungen bei den Immobilien nieder und führen ohne Gegenmassnahmen zur Vertreibung von Wenigverdienenden. Dieser Aspekt wird oft verkannt und gern verdrängt. Auch in der Erfolgsbilanz der SP, die sich nach drei Jahrzehnten an der Macht immer mehr zu einer «Mittelstand first»-Partei entwickelt.

Die AL widersetzt sich der Gentrifizierung mit aller Kraft. Nein, wir träumen nicht von einer isolierten Insel der

Glückseligen in einer Netto-Null-Oase, die mensch sich nur noch ab einem gewissen Einkommen leisten kann. Unser Fokus gilt den Menschen, die unsere Stadt am Laufen halten und ihrem Anspruch, weiterhin hier leben zu können. Nicht den Tüftler:innen von Google und Anthropic hinter ihren Bildschirmen an der Europaallee, von denen die Stadtpräsidentin schwärmt, sondern dem Bodenpersonal, den Frauen und Männern, die spätabends und frühmorgens ihre Büros putzen und oft zum Pendeln gezwungen sind, weil sie sich die Stadt nicht mehr leisten können.

Mit Tanja Maag wieder im Stadtrat!

Last but not least: Zu einer linksgrünen Politik auf Augenhöhe und einer echten «gauche plurielle» gehört auch der Einsitz der AL in der Stadtregierung. Einige im rot-grünen Establishment haben die Ära Wolff stets als politischen Betriebsunfall verstanden, den es 2022 zu korrigieren galt. Von allen linksgrünen Parteien stellt die AL den bescheidenstmöglichen Anspruch auf Regierungsbeteiligung: ein Stadtratssitz, um überhaupt vertreten zu sein. Dass wir bereit sind, in der Exekutive Verantwortung zu übernehmen, haben wir gezeigt. Mit Tanja Maag stellen wir eine Kandidatin, die das nötige Rüstzeug mitbringt. Tanja ist geerdet. Gradlinig. Herzlich. Hartnäckig. Sie handelt mit Sachverstand und Empathie. Ihr Augenmerk gilt den Menschen. Radikal sozial eben.

Zürich maag Tanja und gibt ihr am 8. März die Stimme!

Niklaus Scherr,
Redaktionsmitglied

Parolen

Die AL-Parolen für die Abstimmungen vom 8. März werden an der Vollversammlung Ende Januar gefasst. Danach sind alle Parolen einsehbar unter www.al-zh.ch.

Wahlen 8. März

STADT ZÜRICH

AL – Alternative Liste: Liste 6
Stadtrat: Tanja Maag

STADT WINTERTHUR

Alternative Linke (AL): Liste 8

DIETIKON

AL – Alternative Liste: Liste 9

Termine

Samstag, 24. Januar, 14 Uhr:

Reclaim Züri Nord, Quartiersspaziergang, Treffpunkt Ecke Franklin-/Edisonstrasse.

Dienstag, 27. Januar, 19 Uhr:

AL-Vollversammlung, Hellmi, Hohlstrasse 86c, 8004 Zürich.

Samstag, 31. Januar:

Reclaim Wiedikon, Quartiersspaziergang, Treffpunkt und Zeit siehe reclaim-wiedikon.ch.

Samstag, 31. Januar, 18 Uhr:

Bravo AL! Mobilisierungsparty, Bravo Bar, Molkenstrasse 21, 8004 Zürich.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar unter: www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Amina Arn, Christian Caspar, Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 1800 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

Layout Amina Arn, Christian Caspar

Redaktion Amina Arn, Christian Caspar, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Patrik Maillard, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Alternative Liste in Aktion



Weil die AL die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums kritisiert, verweigert ihr Goldbach Neo den Plakataushang. AL-Aktivist:innen geben Gegensteuer (Bild: AL).



Volles Haus in der Photobastei beim AL-Literaturabend «Macht – Widerstand» mit Stadtratskandidatin Tanja Maag und den Autor:innen Melinda Nadj Abonji, Willi Wottreng und Stefanie Grob (v.l.n.r.) (Bilder: AL)



AL-Samichläus:innen verteilen an der Langstrasse radikal soziale Säckli (Bilder: AL)

«Märzblatt»-Kandidat:innen Beni Stalder-Bohnert, Sophie Blaser und Maja Bernardo (oben v.l.n.r.) und die wunderbare MATONDO mit Band (unten) am AL-Neujahrsapéro im Helsinki (Bilder: AL)

Gegen Tabula-Rasa-Politik

Lian Stähelin wollte Astronautin werden. Jetzt ist sie Architektin und trotz Vorbehalten politisch aktiv geworden.

Lian, man hört es: Du kommst wie ich aus Basel.

Genau, ich bin in Basel aufgewachsen und zur Schule gegangen. Die Matura habe ich am mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium abgeschlossen, ich habe Spass an Mathe. Eigentlich hätte ich Astronautin werden wollen. In der Berufsberatung wurde mir dafür der Weg über Physikstudium und Kampffjetpilotin empfohlen – zweiteres wollte ich dann doch nicht.

Du hast dann ein Architekturstudium an der ETH gemacht.

Nach einem Umweg über ein Jahr Vorkurs an der Schule für Gestaltung habe ich mich für Architektur entschieden: Statt mich bloss gestalterisch zu verwirklichen, wollte ich etwas produzieren, das von realen Bedürfnissen ausgeht. Heute bin ich Mitglied des siebenköpfigen Architektur-Kollektivs squadra. Mich interessieren Projekte, deren architektonische Qualität über die Nutzung gemessen wird. Schwieriger wird es dort, wo Raum primär als Anlageobjekt gedacht ist. Daneben unterrichte ich Studierende im ersten Jahr Architektur an der ETH in «Entwurf». Zurzeit arbeite ich im Arbeitskreis sozialökologische Bauweise – unter anderem mit Antonia Steger von urban equipe – an einem Praxis-Leitfaden, der 2026 im Hochparterre-Verlag erscheinen soll.

Du hast mit einer Gruppe junger Architekt:innen die legendäre Arbeitsgruppe für Städtebau (ZAS) wieder ins Leben gerufen.

Die 1989 aufgelöste ZAS formierte sich 1959 gegen die rücksichtslosen Methoden des damaligen Stadtumbaus, etwa den Abriss der Fleischhalle am Limmatquai. Mit der Neugründung als ZAS* 2021 wollten wir der erneuten Ersatzneubauwelle und den Tabula-Rasa-Konzepten etwas entgegensetzen. Wir tauschten uns mit Mitgliedern von damals wie Beate Schnitter und Fritz Schwarz aus.

Neben der ZAS* gibt es auch noch das Ämtli für Städtebau.

Die ZAS* konnte 2024 den ehemaligen Ticket-Pavillon am Werdmühleplatz übernehmen und hat dort bis diesen Sommer Gastrecht – als Ämtli für Städtebau, die freche kleine Schwester des benachbarten Amts für Städtebau. 2024 haben wir gleichzeitig die Bewerbung für



Lian Stähelin kandidiert auf der AL-Gemeinderatsliste im Wahlkreis 4+5 (Bild: Tamino Kuny)

ein Gastsemester an der ETH gewonnen und dort intensive Diskussionen über das Wachstum der Stadt Zürich und die Möglichkeiten im Bestand geführt.

Du bist im letzten Jahr der AL beigetreten. Wie bist du zur Politik gekommen?

Über meine Sachthemen. Da spürst du, wie stark die Politik die Rahmenbedingungen bestimmt. Etwa, als wir als ZAS* 2021 den Kampf gegen den geplanten Abbruch der Triemli-Personalhochhäuser aufnahmen. Parallel zu unserem spekulativen Ideenwettbewerb für ein «Stadthotel Triemli» waren Interventionen auf politischer Ebene erforderlich. Regula Fischer und Wädi Angst von der AL und Marco Denoth von der SP haben dazu Anfragen und Postulate eingereicht. Eigentlich hatte ich Vorbehalte gegenüber der Parteipolitik und ihre Exponent:innen. An Podien zu meinen Themen habe ich immer wieder erlebt, wie Politiker:innen an festgefahrenen Positionen festhalten und sich in der Öffentlichkeit wenig flexibel zeigen. Gleichzeitig verstehe ich, dass eine klare Haltung und eine gewisse Konsistenz wichtig sind, um andere politisch vertreten zu können. Die Klarheit, mit der Tanja Maag und Patrik Maillard im Gemeinderat für den Erhalt der Seebahnhöfe votiert haben, und der Mut, den es dafür brauchte, haben mir gefallen. Und mich motiviert, bei der AL aktiv einzusteigen, wo ich in der AG Wohnen & Planung mitmache. Im Moment absolviere ich eine Weiterbildung am Curem, um auch das ökonomische Narrativ der Immobilienwirtschaft besser zu verstehen. Mein voraussichtliches Thema für die Abschlussarbeit: die BZO-Revision und ihre sozialen Auswirkungen.

Interview: Niklaus Scherr, Redaktionsmitglied

AL-Kulturtipps:



Nicole Wyss empfiehlt «Mittendrin» von Jeanette Kuster, Arisverlag, 978-3-907238-49-3.

Die Perimenopause wurde lange totgeschwiegen – zu lange. Obwohl es doch die Hälfte aller Menschen betrifft. Hast du zum Beispiel gewusst, dass rund siebzig verschiedene Symptome durch diese hormonellen Schwankungen ausgelöst werden können? Ich wusste das lange nicht. Und auch ich suchte bei einigen Beschwerden am falschen Ort. Es ist wichtig, dass nun endlich eine öffentliche Diskussion darüber geführt und das Thema Perimenopause und Wechseljahre enttabuisiert wird. Mit dem Buch «Mittendrin» hat Jeanette Kuster eine Ode an die Wechseljahre geschrieben, ohne sie zu beschönigen. Und trotzdem mit viel Liebe und Hoffnung. Frauen erzählen aus persönlicher Erfahrung Geschichten über die Achterbahnfahrten der Wechseljahre. Expertinnen ordnen ein. Ein Buch für alle Frauen ab Mitte 30. Wie auch für alle Männer, die sich für Frauen interessieren.



Rosa Maino empfiehlt den Film «Qui vit encore» von Nicolas Wadimoff, Kinostart 5.2.2026.

Ein leiser Film voll erzählerischer Kraft. Eine Kreidekarte, skizzenhaft gezeichnet, die Umrisse von Gaza und nichts als Worte: Neun Geflüchtete der palästinensischen Mittelschicht im Alter zwischen 14 und 62 Jahren erzählen vom Leben im Gazastreifen vor dem 7. Oktober. Sie alle haben die israelischen Militärangriffe überlebt, einige konnten sich gerade noch aus den Trümmern ihrer Häuser retten. Sie sprechen über ihr bisheriges Leben, ihren Alltag, wen und was sie in den letzten Monaten verloren haben und wie sehr sie sich wünschen, dass ihre Existenz nicht in Vergessenheit gerät. Wadimoffs Film schafft es, die Protagonist:innen zurück in ihre Heimat zu bringen, die sie physisch verlassen haben, von der sie sich aber nie wirklich trennen können.



Für eine inklusive Schule mit genug Zeit, um allen Schüler:innen gerecht zu werden. Die Schule muss kritisch mit den diskriminierenden Strukturen umgehen, die sie reproduziert, um die Chancenungerechtigkeit einzudämmen.

Sophie Blaser, Kreis 3, bisher



Gleiche Chancen für alle. Eine Stadt, in der niemand zurückgelassen wird. Ein Leben, das sicher, gerecht und lebenswert ist – unabhängig von Geschlecht, Einkommen oder Herkunft. Klingt gross? Ist es auch. Aber irgendwo müssen wir anfangen. Und warum nicht gleich bei den grossen und wichtigen Anliegen? Lass uns in Zürich anfangen! Radikal sozial und antifaschistisch.

Beni Stalder-Bohnert, Kreis 6



Als Gemeinwesenarbeiterin engagiere ich mich für Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und Bildung für alle. Gemeinsam stärken wir Selbstorganisation und Solidarität für eine Gesellschaft, die Gemeinwohl über Profit stellt.

Linda Gosteli, Kreis 11



Als Sozialarbeiterin leite ich bei einer Nonprofit-Organisation Arbeitsintegrationsprojekte für Jugendliche und junge Erwachsene in Detailhandel, Gastronomie und Handwerk. Beruflich, privat und politisch setze ich mich für soziale, kulturelle und sportliche Vielfalt ein. Dabei liegen mir pragmatische Lösungswege und der Dialog zwischen unterschiedlichen Sichtweisen besonders am Herzen.

Susan Wiget, Kreis 6, bisher



Als Postmigrant und Mitglied der LGBTQI-Gemeinschaft sind mir Nähe und Zusammenhalt der verschiedenen Communitys wichtig. Für eine Stadt, in der die Bewohner:innen füreinander da sind und gemeinsam Verantwortung tragen.

David Garcia Nuñez, Kreis 4+5, bisher



Ich bin 31 Jahre alt, Programmierer und bald Vater. Der Rechtsrutsch hat mich davon überzeugt, mich für eine pragmatische linke Politik einzusetzen, die sich an der Lebensrealität der Menschen orientiert. Ich wünsche mir eine Stadt, in der Kinder spielen, Jugendliche sich entfalten und Menschen einander begegnen können – ohne Konsumzwang und Verdrängung. Eine Stadt, die wächst, soll auch atmen dürfen.

Daniel Gnägi, Kreis 9



Zeit, Empathie und Gemeinschaft sind für mich wichtiger als Profit und Wachstum um jeden Preis. Ich glaube an Politik, die den Menschen zuhört und auf Wissen, Erfahrung und Evidenz basiert statt auf Vorurteilen.

Evelyn Zürcher, Kreis 3



Ich lebe im Kreis 4 und arbeite im Kreis 5. Täglich sehe ich, wie wichtig bezahlbarer Wohnraum, sichere Velo- und Fussgängerwege sowie lebenswerte Quartiere sind. In den letzten 100 Jahren haben wir die Stadt fürs Auto gebaut. Es ist Zeit, die Stadt wieder für Menschen zu bauen.

Simon Balissat, Kreis 4+5



Ein solidarisches Zürich, das für alle lebenswert bleibt. Mit starken Sozialwerken, bezahlbarem Wohnraum in allen Quartieren und öffentlichen Schulen mit genügend Ressourcen. Gegen Abbaupolitik, die spaltet und verdrängt.

Anna Klieber, Kreis 7+8



Bezahlbarer Wohnraum und frei zugängliche Begegnungsräume stärken Integration, Chancengleichheit und solidarisches Zusammenleben. Für ein zukunftsorientiertes Zürich – in der Stadtplanung wie im gesellschaftlichen Miteinander!

Mias Romanelli, Kreis 1+2



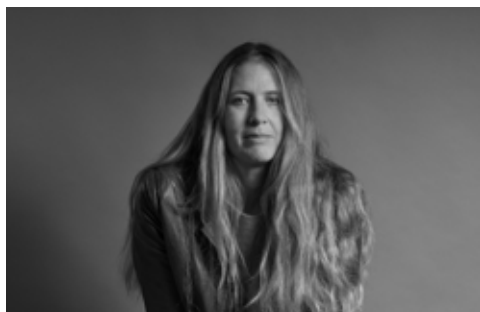
Als AL-Quartieraktivist und Co-Präsident des Mieterinnen- und Mieterverbands setze ich mich seit Jahren gegen Leerkündigungen und für den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein. Die Weiternutzung des alten Kispi fürs Wohnen und Leben sowie die Schaffung von Quartierplätzen mit hoher Aufenthaltsqualität sind mir ebenfalls wichtige Anliegen.

Mischa Schiow, Kreis 7+8



Bildung braucht Zeit, faire Löhne und Menschen, die bleiben können. Dafür setze ich mich als Geschäftsleiterin der WaKiTa ein. Ich lebe in einer Genossenschaft, weil Solidarität und Nachhaltigkeit kein Luxus sind.

Jana Angst, Kreis 12



Eine Stadt, in der niemand zurückgelassen wird! Bezahlbare Wohnungen, gleiche Chancen in Bildung und Betreuung, gerechte Gesundheitsversorgung, umfassender Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt und Klimaschutz! Dafür setze ich mich ein – als Schulsozialarbeiterin, Aktivistin und ehemalige Schlichterin im Mieterinnen- und Mieterverband. Kämpferisch, solidarisch, feministisch.

Isabel Maiorano, Kreis 4+5



Soziale Gerechtigkeit, Caring Communities, partizipative Prozesse und Stärkung des Gemeinwesens stehen für mich im Zentrum. Quartierentwicklung muss alle Bevölkerungsgruppen einbeziehen und für eine inklusive Gesellschaft sorgen.

Gerd Bolliger, Kreis 12



Ich liebe meine Heimatstadt, aber die aktuelle Stadtentwicklung bereitet mir Sorge. Ich mache mich stark für eine Stadt der kurzen Wege, wo Langsamverkehr und öffentliche Freiräume gegenüber dem Autoverkehr Vorrang geniessen. Ich wünsche mir eine nachbarschaftliche Stadt mit lebendigen Quartieren, wo kein Mensch aufgrund des Portemonnaies, des Alters oder der Herkunft verdrängt wird.

Zoe Lehmann, Kreis 10



Ich kämpfe für eine Grundversorgung, die nicht dem Profit dient – mit tiefen Gebühren für Strom, Fernwärme oder Entsorgung. Und mit einer kleinen Baugenossenschaft will ich preisgünstige Wohnungen schaffen.

Christian Häberli, Kreis 11, bisher



Ich will, dass wir unsere Stadt wieder geniessen können – mit Begegnungsorten statt Reklamewüsten und Autolawinen. Im Gemeinderat habe ich mich für weniger Werbung, gegen zusätzliche Kommerzialisierung des öffentlichen Raums und für Massnahmen gegen überbreite Autos eingesetzt. Eine Stadt für Menschen statt für Renditen: Wohnraum soll Nachbarschaften stärken, und nicht Profite

Michael Schmid, Kreis 1+2, bisher



Nur gemeinsam können wir eine Stadt schaffen, wo es bezahlbaren Wohnraum für alle gibt und du ohne Angst vor Racial Profiling und Polizeirepression auf die Strasse gehen kannst. Für ein radikal soziales Zürich.

Moritz Bögli, Kreis 10, bisher

Autos sind wichtiger als Kinder



Mitte der 1990er Jahre wurde ein neues Kapitel im Dübendorfer Quartier Hochbord aufgeschlagen. Weil das sumpfige Land nicht viel Besseres hergab,

schieden es die verantwortlichen Behörden 1931 als Industriezone aus. Neben der Industrie (Maagtechnics, Givaudan, Hempel Special Metals) siedelte sich nach und nach auch Gewerbe an, so der Gemüseproduzent Beerstecher, AMAG AG, Möbelhändler und der Schokoladenhersteller Barry Callebaut.

Doch vor mehr als 20 Jahren entschieden die Stadtväter (Mütter gab es meines Wissens nie), dass neben Industrie und Gewerbe künftig auch Wohnen im Hochbordquartier möglich sein sollte. Mit der Eröffnung des Bahnhofs Stettbach 1990 und der Verlängerung der Glattalbahn zwischen Bahnhof Stettbach und Flughafen 2012 gab es kein Halten mehr, um die Bonanza vor allem eines Grossgrundbesitzers zu eröffnen. Nach und nach entstanden hochpreisige Eigentums- und Mietwohnungen sowie Business-Apartments.

Laut der vollmundigen Eigenwerbung der Behörden sollte sich das Hochbord «zu einem durchmischten, urbanen Quartier mit einem vielfältigen Nutzungsmix» entwickeln. Für jedes Bauprojekt musste jeweils ein Gestaltungsplan genehmigt werden. Diese Gestaltungspläne führten aber statt zu einer guten Städteplanung vor allem zu enormen Tiefgaragen. Ökologische Zwischenräume als Orte der Begegnung? Gingen offensichtlich schlicht vergessen, wovon auch die krüppeligen Bäumchen im Jabee-Park zeugen.

Ebenfalls komplett vergessen gingen Lebensmittelgeschäfte, Restaurants, Cafés, Schulhäuser, Kindergärten und Kitas. Wer hätte vor 20 Jahren gedacht, dass viele Familien in dieses Quartier ziehen? Die Stadt kaufte Stockwerkeigentum in zwei neu erbauten Wohntürmen und richtete eine Primarschule ein. Bereits nach kurzer Zeit musste die Schule die Pausenglocke auf stumm stellen. Zu lärmig. Dass Kitas und Kindergärten aus allen Nähten platzen: geschenkt. Autos sind halt wichtiger als Kinder und Menschen.

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin

Tanja Maag: Für eine Stadt, die wir uns leisten können

Für zahlbare Wohnungen

In der Wohnpolitik müssen wir einen Gang höher schalten. Liegenschaftskäufe allein reichen nicht. Der Gegenvorschlag des Stadtrats zur AL-Initiative «Hier leben, hier wohnen, hier bleiben» ist halbbatzig und ungenügend. Bei der kommenden Revision der Bau- und Zonenordnung müssen private Investoren klar in die Pflicht genommen werden: Wo künftig höher und dichter gebaut werden darf, müssen sie mindestens einen Fünftel der Wohnungen preisgünstig und dauerhaft in Kostenmiete anbieten. Jahrelang hat der Stadtrat eine griffige Regelung gegen Business Apartments und kommerzielle Airbnbs verhindert. Und er unternimmt nichts, um dem 2021 endlich beschlossenen Verbot Nachachtung zu verschaffen. Als Stadträtin werde ich mich dafür einsetzen, dass dieses Verbot konsequent durchgesetzt wird. Die Versäumnisse der Ära Odermatt müssen dringend korrigiert werden!

Gesundheitsversorgung für alle

Profitinteressen haben in der Gesundheitsversorgung nichts verloren. Diesen Grundsatz werde ich auch im Stadtrat kompromisslos leben. Alle Menschen sollen über möglichst gleiche gesundheitliche Chancen verfügen. Gesundheitliche Unterschiede sind kein Zufall, sondern beruhen auf sozialen Mustern. Hier setze ich an. Mit unseren städtischen Gesundheitsinstitutionen haben wir die Möglichkeit, eine starke, breit aufgestellte Grundversorgung anzubieten, die nicht am Spitaleingang aufhört und auch soziale Angebote einschliesst. Pflegefachpersonen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Für faire Arbeitsbedingungen

Mein Erstberuf als Pflegefachfrau hat mich politisch geprägt. Schichtarbeit, Lohndiskriminierung, Ringen um Aner-

kennung: All das kenne ich aus eigener Erfahrung. Bei belastenden Tätigkeiten, bei Schichtarbeit und insbesondere in der Pflege will ich die 35-Stunden-Woche einführen. Seit Jahren schiebt der Stadtrat den parlamentarischen Auftrag für einen Pilotversuch wie eine heisse Kartoffel von einem Departement zum andern und Michael Baumer ist nicht bereit, die berechtigte Forderung der VBZ-Basis aufzunehmen. Das muss sich ändern.

Für starke öffentliche Betriebe

Ich habe mit Erfolg gegen die geplante Auslagerung der Stadtspitäler gekämpft und werde mich weiterhin entschieden gegen jede Form von Ausgliederung und Privatisierung zur Wehr setzen. Unsere öffentlichen Betriebe tragen entscheidend zur hohen Lebensqualität unserer Stadt bei. Die Zürcher:innen bestätigen das in der Bevölkerungsumfrage 2025. Verkaufspläne für Energie 360° AG, wie sie Stadtrat Baumer kürzlich präsentierte, lassen bei mir Alarmglocken läuten. Öffentliche Infrastruktur darf nicht unbedacht veräussert werden. Und wir müssen unbedingt verhindern, dass unser ewz im Zuge des EU-Stromabkommens als integriertes Gesamtunternehmen zerschlagen wird.

Für solidarische Quartiere

Ich engagiere mich für eine Stadt aus «Caring Communities»: solidarische Gemeinschaften, die Aufgaben gemeinsam tragen. Der wichtigste Faktor dabei sind wir Zürcher:innen. Zahlreiche engagierte Menschen und bestehende Quartier-Netzwerke haben Wissen, worauf wir aufbauen können. Ihre Autonomie zu erhalten, ist mir wichtig. Die Stadt Zürich entlang von Caring Community-Prinzipien weiterzuentwickeln, bedeutet zudem, Wohn- und Freiraum zu schaffen, der soziale Begegnungen überhaupt zulässt.

Tanja Maag,
AL-Stadtratskandidatin



Solidaritätsbeiträge



Die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 sind eines der dunkelsten Kapitel der Schweizer Sozialgeschichte. Zu den Betroffenen zählen etwa Verdingkinder, Heim-

kinder oder sogenannt «administrativ Versorgte». Das geschehene Unrecht und das immense Leid lasteten und lasten noch heute schwer auf den Opfern.

Der Kantonsrat hat nun einen Rahmenkredit von 20 Millionen Franken für Solidaritätsbeiträge an Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 bewilligt. Damit erhalten Betroffene, die im Kanton Zürich Unrecht erlitten haben, zusätzlich zum Bundesbeitrag auch einen kantonalen Solidaritätsbeitrag von 25'000 Franken.

Ausgelöst wurde dieser politische Schritt durch mein dringliches Postulat, das der Kantonsrat im Februar überwiesen hatte. Der Regierungsrat setzte den

Auftrag ungewöhnlich rasch um – ein Zeichen, dass der Kanton durchaus handlungsfähig ist, wenn er will.

Für viele Betroffene bedeutet der Beitrag nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern vor allem Anerkennung des geschehenen Unrechts. Zahlreiche Menschen leiden bis heute unter den Folgen der Heimeinweisungen, Fremdplatzierungen und administrativen Versorgungen.

Mit der neuen kantonalen Lösung wird endlich Gleichbehandlung im Kanton Zürich hergestellt: Ob eine Massnahme von einer Gemeinde oder vom Kanton verfügt wurde, spielt künftig keine Rolle mehr. Während die Stadt Zürich bereits seit 2023 einen eigenen Beitrag ausrichtet, schliesst der Kanton nun die Lücke.

Mit diesem Entscheid anerkennt der Kanton seine historische Verantwortung und stärkt die Rechte jener Menschen, deren Stimmen zu lange überhört wurden. Für die AL ist es ein wichtiger Erfolg, dass ein eigener Vorstoss zu dieser überfälligen Korrektur beitragen konnte.

Lisa Letnansky,
AL-Kantonsrätin

Arena oder Ratssaal?



Seit diesem Sommer bin ich in meinem neuen Amt als nachgerückte Gemeinderätin. Viele Begrifflichkeiten, Abläufe und Gepflogenheiten mussten erst einmal gelernt werden. Jeden Mitt-

woch um 17 Uhr schlägt der Gong, worauf sich alle Ratsmitglieder in den Saal begeben. Einige setzen sich bereits auf ihre Plätze, andere besprechen sich in der eigenen Fraktion oder mit anderen Ratsmitgliedern, um einen gemeinsamen Vorstoss einzureichen. Kurz: Es ist ein grosses Gewusel.

Die Sitzung wird dennoch eröffnet, wobei persönliche Erklärungen als Erstes auf der Traktandenliste stehen. Oft wird kaum zugehört oder es herrscht bereits eine «gehässige» Stimmung im Saal. Zum Beispiel dann, wenn ein SVPLer wieder einmal das Bedürfnis verspürt, seine Befindlichkeit mitzuteilen – jeden Mittwoch aufs Neue: Schuld an allem sind die Linken und die Einwanderung. Mit verlässlicher Sicherheit hält darauf ein

Vertreter der linken Mehrheit dagegen, nur: Hier sind die Rechten und die Reichen schuld.

Wie wir auf diese Weise unsere Probleme lösen sollen, bleibt mir ein Rätsel. Die Polarisierung wächst von Tag zu Tag, Menschen fühlen sich abgehängt und unverstanden. Wohin führen diese mit wenig Anstand und viel Hetze geführten Debatten, die mehr an römische Gladiatorenkämpfe erinnern als an ein zivilisiertes Miteinander in einem modernen Parlament?

Mein erstes Fazit: Parlamente sind manchmal Arena, manchmal Ratssaal – und oft beides gleichzeitig. Die Kunst sollte jedoch darin liegen, Diskussionen so zu führen, dass es am Ende nicht nur Sieger:innen und Verlierer:innen gibt, sondern auch konkrete Verbesserungen für die Gemeinschaft. Vielleicht liegt es im Naturell des Menschen, aber ich möchte weiter daran glauben, dass wir vermehrt einen konstruktiven Austausch pflegen können, der allen nützt und vor allem die Schwächsten in unserer Gesellschaft nicht vergisst.

Susan Wiget,
AL-Gemeinderätin

Unbequem & links

1. Dezember: AL-Kantonsrätin Gianna Berger erkundigt sich mit einer Anfrage nach dem Planungsstand des Areals des ehemaligen Kinderspitals und verlangt die Prüfung einer Umnutzung der bestehenden Gebäude für öffentliche Nutzungen statt des geplanten Neubaus für die Zahnmedizin.

3. Dezember: AL-Gemeinderatsfraktion doppelt nach und will vom Stadtrat Auskunft zum weiteren Vorgehen auf dem Kispi-Areal, zu einer möglichen Übertragung von Arealteilen an die Stadt und zur Weiternutzung bestehender Gebäude.

11. Dezember: In der Budgetdebatte im Gemeinderat kann die AL-Fraktion kleine, aber wichtige Verbesserungen erreichen: bessere Ausbildungsbedingungen für künftige Tram- und Buspilot:innen der VBZ, Ausbau der Long-COVID-Sprechstunde im Stadtspital, Überprüfung des Hotel Suff – der Zentralen Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle – durch eine externe Kommission, Verbesserung der Wohnsituation in der Kollektivunterkunft Triemli, Ausbau des Sozialdienstes in den städtischen Wohnsiedlungen.

18. Dezember: Die AL ist enttäuscht vom halbhatzigen Gegenvorschlag des Stadtrats zu ihrer Volksinitiative «Hier leben, hier wohnen, hier bleiben». Wir fordern weiterhin, dass bei Aufzonen die gesamte Mehrausnutzung dauerhaft als preisgünstiger Wohnraum in Kostenmiete realisiert wird.

7. Januar: Das vor 8 Jahren mit einer AL-Motion angestossene Projekt für die Gesundheitsversorgung von Personen ohne Krankenversicherung, vor allem von Sans Papiers, wird mit den Stimmen von Mitte-Links definitiv eingeführt. In Sachen Gesundheit wird Zürich damit sicherer und gerechter – für alle.

9. Januar: Nach #reclaim wiedikon schaltet auch #reclaim chreis cheib seine Webseite auf und dokumentiert 699 Business Apartments in den Kreisen 4 und 5 – Wohnraum, der für Menschen, die hier dauerhaft wohnen wollen, nicht mehr zur Verfügung steht.



Mediendemokratie



Kommunikation ist zentral in der Demokratie. Wollen Menschen ihr Zusammenleben demokratisch organisieren, müssen sie sich als politisches Kollektiv begreifen, zusammen Probleme aufspüren, sich für konkrete Problemlösungen entscheiden und deren Umsetzung kontrollieren können. Im antiken Athen tauschten sich hierfür die Bürger (ja, nur Männer) auf der Agora und in den Vollversammlungen face-to-face aus. Heute leben wir in grossflächigen Nationalstaaten und die politische Kommunikation wird vorrangig über Medien vermittelt. Dadurch werden Mediensysteme zu einer kritischen Variable in der Demokratie. Medienvermittelte Informationen beeinflussen nicht nur Wahl- und Abstimmungsentscheidungen oder die Beurteilung politischer Institutionen und Prozesse. Sie prägen unsere Wahrnehmung der Welt ganz grundlegend. Wir sind deshalb darauf angewiesen, dass diese Informationen relevant, vielfältig, verlässlich und unabhängig sind.

Vor diesem Hintergrund geben aktuelle Entwicklungen Anlass zur Sorge. Die Digitalisierung verstärkt eine Entpolitisierung der öffentlichen Kommunikation, die bereits mit der zunehmenden Kommerzialisierung der Medien ab den 1980er-Jahren einsetzt. Der Siegeszug von Social Media bringt mehr Büsi-Content statt politisch relevanter Information und offene Tore für politische Desinformation. Im Gegenzug passen klassische Nachrichtenmedien ihre Inhalte den antizipierten Erwartungen der Nutzer:innen an. Clickbait is king – gerade angesichts eines Werbemarkts, bei dem Milliarden vom Journalismus zu den Tech-Giganten abwandern. Fehlende Ressourcen gefährden die journalistische Qualität, führen zu mehr Konzentration durch Übernahmen und zum Verkauf traditioneller Medientitel an finanzstarke (häufig rechte) Akteure.

Ein starker öffentlicher Rundfunk erscheint unter solch widrigen Bedingungen wie ein Bollwerk gegen die Zersetzung einer demokratierelevanten öffentlichen Kommunikation. Die Demokratie kann darauf nicht verzichten.

Christian Caspar,
Gemeinderatskandidat Kreis 7+8

NEIN zur Halbierungsinitiative

Mit der Halbierungsinitiative werden am 8. März wichtige medienpolitische Weichen gestellt. Eine Einordnung von Niklaus Scherr.

Die von SVP, Jungfreisinnigen und Rechts-Freisinn lancierte Initiative «200 Franken sind genug» will die Medien-Abgabe zur Finanzierung der SRG drastisch von 335 auf 200 Franken pro Haushalt senken und die Firmen ganz davon befreien. Damit stünden der SRG statt bisher 1.265 Milliarden nur noch 630 Millionen Franken pro Jahr zur Verfügung. Dieser enorme Aderlass zeigt, dass wir es nicht mit einer Abstimmung über die angemessene Höhe der Medienabgabe zu tun haben, sondern mit einem Frontalangriff auf Substanz und Existenzberechtigung des öffentlichen Rundfunks. Am 8. März geht es um eine ideologische Weichenstellung: um die Grundsatzfrage, ob wir Information als ein öffentliches Gut betrachten oder als beliebige Ware, die abhängig von Werbung, Quote und Klickrate angeboten wird oder nicht. Ob wir im Bereich der Information ein Service public-Angebot wollen und für erforderlich halten oder nicht.

Information als Non-Profit-Angebot

Im Internet zirkulieren Milliarden an Informationen, Fakten, Fake News, Fälschungen und Gerüchten und in den sozialen Medien und den elektronischen Kommentarspalten sind Millionen von ideologiesteuerten Bots unterwegs. Mit dem Vormarsch der KI hat das Potenzial von audiovisuellen Fälschungen nochmals einen Quantensprung gemacht. Angesichts dieser Entwicklung benötigen wir umso mehr ein Informationsangebot, das nicht von Profit- und machtpolitischen Interessen dominiert ist und – bei allen konkreten Schwächen – ein Stück Verlässlichkeit garantiert.

Öffentlicher Rundfunk unter Beschuss von rechts

Als audiovisuelle Medien verfügen Radio und Fernsehen über einen viel stärkeren gesellschaftlichen Impact als die Printmedien, die selektiver konsumiert werden. Umso heftiger tobt der politische Kampf über ihre Kontrolle und die Schwächung des öffentlichen Einflusses. Seit Jahren versuchen Rechte und Libertäre, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sturmreif zu schießen. 2015 scheiterten sie nur hauchdünn mit ihrem Referendum gegen den Übergang von der Geräte- zur Haushalt-Abgabe. Im März 2018 fuhren sie dann mit ihrer No-Billag-Initiative für die Totalabschaffung der Medien-Abgabe, bei der der libertäre

Hardliner-Flügel den Ton angab, mit 72% Nein eine krachende Niederlage ein. Die Halbierungsinitiative ist der dritte und gefährlichste Vorstoss, weil er vergleichsweise harmlos daherkommt. Die Initiant:innen suggerieren eine Entlastung der Haushalte («Mehr Geld für unsere Búezzer») und eine verkraftbare Schlankheitskur für die SRG. Fakt ist: Die Ersparnis für den einzelnen Haushalt ist bescheiden, die Verluste für die SRG existenzbedrohend.

Die Attacken auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gehören europaweit zum Arsenal der Rechten und Rechtspopulisten. In Deutschland agitiert die AfD gegen die «Systemmedien» und den ARD-Staatsvertrag, in Österreich die FPÖ gegen den «Rotfunk» – ein Vokabular, das verdächtig an die Hetze der Nazis während der Weimarer Republik erinnert. Mit der Schwächung der öffentlichen Medieninfrastruktur wollen sie ihren autoritären und xenophoben Narrativen, die sie gekonnt und massenwirksam über ihre Social-Media-Kanäle verbreiten, Platz verschaffen.

Fatales Signal des Bundesrats

Angeführt von Medienminister Rösti, seinerzeit Mitinitiant der Halbierungsinitiative, hat der Bundesrat in Eigenregie beschlossen, die Medienabgabe bis 2029 von 335 auf 300 Franken zu senken. Bereits 2021 hat er die Abgabe ein erstes Mal von 365 auf 335 Franken reduziert. Damit wird der SRG fast ein Fünftel ihrer Einnahmen entzogen. Mit diesem – dem Referendum entzogenen – Beschluss sendet der Bundesrat ein fatales Signal aus und verleiht dem Angriff der SRG-Killer politische Legitimität. Um diese Abbau-Offensive zu stoppen, brauchen wir am 8. März ein wuchtiges Nein!

Niklaus Scherr,
Redaktionsmitglied

Jetzt AL-Wahlkampagne unterstützen!

